

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg. monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:  
Leipzig, Tauhaer Straße 10/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Fernsprecher: 13608.

Inserate kosten die 7 gespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagoorchrift 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4590 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Die Kämpfe in der Dobrudscha.

### Die Donaubrücke bei Cernavoda in die Luft gesprengt. — Der französische Vorstoß bei Verdun. Der Haftentlassungsantrag für Liebknecht abgelehnt.

#### Jahrestage des Weltkriegs.

27. Oktober 1915. Vordringen der Verbündeten in Serbien; die Bulgaren nehmen Zajecar, überschreiten nördlich Anzawatsh den Timok. — Neue Angriffe auf die Hochfläche von Dobrodo. — Russisches Linien-schiff, Typ Pantelimon, durch türkisches Unterseeboot schwer beschädigt.

#### Die neuesten Meldungen.

##### Zu den rumänischen Niederlagen.

Basel, 26. Oktober. Die Basler Nationalzeitung schreibt zur Einnahme von Cernavoda u. a.: Rumänien hat mit Cernavoda nicht nur einen fast beständigen Punkt in der Dobrudscha verloren, sondern auch denjenigen Brückenkopf auf dem rechten Donauufer, an dessen Erhaltung ihm im Hinblick auf die Möglichkeit einer Wiedereroberung des verlorengegangenen Gebietes am meisten gelegen sein mußte.

London, 26. Oktober. Daily Chronicle schreibt in einem pessimistischen Leitartikel über die Niederlagen Rumäniens, die schlechten Nachrichten von der Steppenfront seien in mancher Beziehung noch unangenehmer als die aus der Dobrudscha. Es entspreche die erste Frage, ob man den Feind, nachdem er die Pässe forciert habe, in der Ebene werde anhalten können. Man dürfe den Wert der Schlappen, die an den andern Fronten den Deutschen zugesagt werden könnten, für Rumänien nicht überschätzen. Deutschland sei offenbar darauf vorbereitet, viel zu riskieren, ehe es seine Offensive auf dem Balkan verlaufen lasse.

##### Der französische Erfolg bei Verdun.

Berlin, 27. Oktober. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Wie aus dem deutschen Oberesbericht hervorgeht, brachte ein französischer Angriff am 24. Oktober dem Gegner einen beträchtlichen Erfolg. In der Gegend von Verdun haben die Franzosen die Wehrhaftung aufgestellt, der Kommandant von Douaumont sei in ihre Gefangenschaft geraten. Das ist eine Erlösung; denn als die Besetzung des Forts erfolgte, war kein Verteidiger darin. Die Räumung war unerlässlich geworden, nachdem innerhalb des Forts Benzin in Entzündung geraten und daher ein ausgebeuteter Brand entstanden war.

##### Der U-Boot-Krieg.

Genf, 27. Oktober. Der Kapitän und die 14 Matrosen des Dampfers Midland, der von einem deutschen Unterseeboot versenkt wurde, kamen nach einer Weile des Yvoner Newellste an Bord des Neufundlandfahrers Sadi Carnot in Rennes an.

Genf, 27. Oktober. Die französischen Blätter melden aus New York: U 53 ist von U 58, Kommandant Michaelis, und U 81, Kommandant Griefen, besetzt. Alle drei Unterseeboote halten sich gegenwärtig auf der Höhe der Küste der Vereinigten Staaten verborgen.

##### Die Verteilung des Nobelpreises.

Stockholm, 27. Oktober. (W. T. A.) Das Karolinsch-Medico-Chirurgische Institut hat beschlossen, den diesjährigen Nobelpreis für Medizin für das nächste Jahr zurückzustellen. Der 1915 zurückgestellte Preis wird auch nicht ausbezahlt, sondern als besonderer Grundstock für die medizinische Preisgruppe abgesetzt.

##### Explosionsunglück in England.

London, 26. Oktober. (Neuermeldung.) Bei einer Explosion in einer Munitionsfabrik in Kent wurden zwei Personen getötet. Mehrere erlitten schwere Brandwunden. Ein Gebäude wurde beschädigt.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 26. Oktober befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluss der Nummer noch nicht vor.

#### Zur Rede Grens.

Die Rede des englischen Ministers des Auswärtigen auf dem Panett des Vereins der auswärtigen Presse muß als Ergänzung der Rede Asquiths und als Antwort auf die letzten Reden Bethmanns aufgefaßt werden. Sie ist nicht im Parlament gehalten worden, gleichwohl ist sie von großer Wichtigkeit und kann noch höhere Bedeutung erlangen, wenn diejenigen, an die sie über den Verein der auswärtigen Presse hinweg gerichtet ist, so aufnehmen, wie sie es verdient. In einem Aufsatz der deutschen bürgerlichen Presse wird Lord Grey vorgeworfen, daß seine Reden kalt und sachlich, aber nicht fortreichend und überzeugend seien. Und scheint jedoch, daß es gerade für einen Minister an so verantwortungsvoller Stelle nur von Vorteil sein kann, wenn er alle Leidenschaftlichkeit und alle Rhetorik beiseite läßt und mit klarem Verstand jedes seiner Worte abwägt. Besonders in Zeiten wie der jetzigen, wo ein Wort zu viel oder zu wenig unter Umständen den Krieg unnötig um Monate oder doch Wochen verlängern kann.

Den Kern der Rede bildet das Argument, daß alle verantwortlichen Staatsmänner in der Öffentlichkeit aufgestellt haben und das bisher die einzige gemeinsame Basis für künftige Verhandlungen bildet: daß der Frieden die Sicherheit der Staaten vor neuen Angriffen gewährleisten müsse. Jeder Staat weist die Schuld an diesem Kriege zurück, und Lord Grey versucht an der Hand der Vorgeschichte des Krieges, das heißt der Zeit, die dem Kriege unmittelbar vorausging, den Nachweis zu erbringen, daß den Ententemächten jede Angriffslust ferngelegen habe. Aber er geht in seiner letzten Rede noch etwas weiter als früher, indem er erklärt: „Ich würde nichts lieber sehen, als daß vor einem unabhängigen und unparteiischen Tribunal eine Untersuchung über diese Behauptungen stattfände, daß die russische Mobilisation eine aggressive und keine defensive Maßnahme war, und daß andre Mächte, irgendeine andre Macht als Deutschland, die Neutralität Belgiens zum Handelsgegenstand gemacht oder geplant hätte, durch Belgien hindurch anzugreifen.“ Bekanntlich gab die Nachricht von der russischen Mobilisation den Ausschlag, als im deutschen Kronrat in den letzten Julitagen 1914 über Krieg und Frieden verhandelt wurde. Und die Verletzung der Neutralität Belgiens wurde nachträglich damit verteidigt, daß Belgien tatsächlich seine Neutralität längst vor dem Kriege aufgegeben habe. Eine unparteiische Untersuchung dieser Fragen müßte auch heute noch der Klärung der Endfrage dienen: Ist von einem dieser beiden Staaten ein Angriff auf Deutschland zu fürchten? Und wenn sie verneint werden sollte, so wäre eine wichtige Vorbedingung für den künftigen Frieden erfüllt. Die deutsche Regierung hat immer wieder als Vorbedingung des Friedens „Sicherheiten“ gegen Ueberrfälle gefordert, ohne daß sie diese „Sicherheiten“ genau definiert und ohne daß sie sich in eine Debatte darüber einläßt, inwiefern sie Deutschland im Juli 1914 angegriffen glaubte. Zweifellos hat die deutsche Regierung gute Gründe für ihre Behauptung, aber solange sie nicht in diese Debatte eintritt und ihre Ziele genau umschreibt, stärkt sie die Stellung Englands und seiner Verbündeten, denen schon die deutschen Professorendenschriften der ersten Kriegsmomente eine nicht unvollkommene Unterstützung ihrer Behauptungen boten. Auch jetzt greift Lord Grey auf eine dieser Schriften zurück, die zwar sicher nicht im Auftrag der Regierung geschrieben ist und für die sie deshalb auch nicht verantwortlich gemacht werden kann, die aber nach Meinung der Engländer die aggressive Stimmung des deutschen Volkes wiedergab. Zu dieser irrtümlichen Auffassung konnte die englische Regierung nur gelangen, weil keine Möglichkeit bestand, in der deutschen Öffentlichkeit entgegengesetzte Auffassungen zu vertreten. Wir sehen hier, wie unter Umständen durch den Belagerungsstand und seine Folgen ungewollt durch Freisprechung der öffentlichen Meinung im Ausland eine Verlängerung des Krieges begünstigt werden kann.

Lord Grey beschränkte sich nicht auf die Wiederholung des grob umrissenen Kriegsziels der Entente, dessen Voraussetzungen er natürlich ebensowenig definiert wie die Staatsmänner der Neutralmächte, er gab auch den Neutralen einen Hinweis, wie er sich ihre Aufgabe denkt. Er definiert sie dahin, daß sie die Pflicht haben, einen künftigen Krieg zu verhindern. Das sieht so aus, als solle ihnen kein Einfluß auf die Vorbereitung des Friedens eingeräumt werden. Tatsächlich aber wäre die Garantie der Neutralen für die Dauerhaftigkeit des Friedens von ungeheurem Wert auch für das Zustandekommen von Friedensverhandlungen. Denn gerade die Tatsache, daß durch diesen Krieg das Vertrauen der Regierungen zueinander aufs tiefste erschüttert ist, daß man auf allen Seiten an dem Wert von Verträgen zweifelt, ist ein starker Hinderungsgrund für die friedliche Lösung des Konflikts. Um so mehr, da die berufenste Instanz zur Herbeiführung einer Verständigung — die Internationale — vollkommen versagt hat.

Alles andre was Lord Grey sagt über den festen Willen zum Sieg und die Entschlossenheit, bis zum Äußersten zu kämpfen, über den Willen Reichtum und Lebensblut der Nation an die Erreichung des Ziels zu setzen, sind Reden, die beiseite gelegt werden können, da jeder einzelne Staatsmann daselbst sagt und schließlich sagen muß, um dadurch die Stärke des von ihm vertretenen Landes zu dokumentieren. Daß auch in England und Frankreich so gut wie bei uns weite Kreise die Verschleppung des Friedens schmerzhaft erwarten, ist so selbstverständlich, daß kein Wort weiter verloren zu werden braucht.

„Wayfarer“ umschreibt die Stimmung des englischen Volkes in einer seiner von ausgezeichneten Beobachtungsgabe zeugenden Skizzen in der Nation in folgender Weise: Ein Journalist in einem großen englischen Munitionszentrum habe ihm gesagt: „Wenn die Stadt hörte, daß wir Frieden verlangt hätten, würde es Unruhe geben; aber wenn die Nachricht käme, daß Deutschland ein gutes Angebot gemacht hätte, würde sie vor Freude verrückt werden.“

Das läßt darauf schließen, daß das englische Volk einen Druck auf die Regierung ausüben würde, vernünftige Bedingungen anzunehmen. Das englische Volk dürfte dabei der Unterstützung des französischen und des italienischen sicher sein. In italienischen Blättern wird schon jetzt gesagt, daß man alles von einem gemäßigten Kursen Englands erwarte. So schreibt Ferrer im Messagero, einem Blatt, das den Krieg von Anfang an unterstützt hat: „So wenden sich die Augen aller denkenden Menschen nach England, auf dessen Weisheit sie vertrauen“ und auf dessen Fähigkeit: „So wenden sich die Augen aller denkenden Menschen nach Zentren am Leben zu halten.“

Daraus ergibt sich auch die Aufgabe des deutschen Volkes: immer wieder darauf zu drängen, daß endlich klar herausgesagt werde, welches die konkreten Ziele der deutschen Regierung sind, von deren Erfüllung sie das Eintreten eines Kampfes abhängig macht, der jetzt schon die Mitte der Nationen vernichtet und allen Völkern die unerhörtesten Lasten auferlegt hat.

#### Ein Vorspiel.

Aus dem Reichstag wird uns vom Donnerstag geschrieben: Am Reichstag gab es heute ein Vorspiel der Kämpfe, die uns bevorstehen, wenn mit der versprochenen Renovierung einmal Ernst gemacht werden soll. Es handelte sich um den bekannten Antrag, die Budgetkommission des Reichstags zur Erörterung von Kriegsfragen auch dann tagen zu lassen, wenn das Plenum auf längere Zeit vertagt ist.

Sämtliche Parteien des Hauses, mit Ausnahme der Konservativen, sprachen sich für den Antrag aus, auch die Regierung gab ihre Zustimmung, aber in einer außerordentlich gewundenen Weise. Für das Zentrum sprach Herr Gröber, von dem der Antrag stammt. Er wies darauf hin, daß eine dauernde engere Bindung zwischen Parlament und Regierung in den Fragen der auswärtigen Politik eine absolute Notwendigkeit geworden sei; das habe der Krieg gezeigt. Gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der liberalen Fraktionen, einen besonderen Ausschuss für auswärtige Politik einzusetzen, legte er die Gründe dar, aus denen für diese Aufgabe allein die Budgetkommission in Frage kommen kann. Er prägte dabei das Wort, daß so wie die Kanonen das letzte Wort der Könige, das Budgetbewilligungsrecht das letzte Mittel der Parlamente sei.

Nach Herrn Gröber sprach sofort Herr v. Kaadow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Er beschränkte sich darauf, zu erklären, daß eine engere Bindung zwischen dem Reichstag und der Regierung durchaus deren Wunsch entspräche und sie daher dem Antrag der Budgetkommission auch ihre prinzipielle Zustimmung zu geben bereit sei. Trotz ihrer Wirksamkeit hätte diese Stellungnahme als leidlich entgegennommene angesehen werden können. Aber nach Japan sprach der Reichstagspräsident Dr. Siegfried und gab eine Erläuterung der Japanschen Erklärung, die diese in das be-